



Schweiz am Wochenende  
Samstag, 6. März 2021

# «Die Verweildauer wird immer kürzer»

Die Fraktionen im Einwohnerrat reagieren teilweise geharnischt auf den Eklat um den Chefposten am Zofinger Seniorenzentrum.

Philippe Pfister

«Die Verweildauer in der Leitung des Seniorenzentrums Zofingen wird immer kürzer. Inzwischen ist man sogar so weit, dass dem Leiter gekündigt wird, bevor er die Stelle antritt», schreibt Einwohnerrätin Irma Jordi namens der Mitte in einer Pressemitteilung zum Eklat um den Chefposten (siehe Box). «Für Die Mitte kann es so nicht weitergehen, denn inzwischen leiden das Personal und auch die Bewohnerinnen und Bewohner unter dieser Misere.» Die Mitte fordere vom Stadtrat Erklärungen und Lösungen. «Für die Partei stellt sich auch die Frage nach der politischen Verantwortung», heisst es weiter.

Seit der Inbetriebnahme des Brunnenhofs und der angegliederten Alterswohnungen Rosenberg sei es dem Stadtrat bis heute nicht gelungen, eine dauerhafte und funktionierende operative Leitung zu installieren. «Nur dem engagierten Wirken des Personals ist es zu verdanken, dass die nachteiligen Folgen für Bewohnerinnen und Bewohner in Grenzen gehalten werden konnten», so Jordi weiter. Gleichwohl habe dieser Umstand negative Auswirkungen. «Zu erwähnen sind die jährlichen Defizite in der Betriebsrechnung mit den entsprechenden Folgen für die Steuerzahler. Für Die Mitte ist es aber auch stossend, dass die bei der Inbetriebnahme gemachten Versprechen für die Mieterinnen und Mieter der Alterswohnungen, vom umfassenden Dienstleistungsangebot des Brunnenhofs profitieren zu können, nicht eingehalten wurden.» Als jüngstes Beispiel sei zu erwähnen, dass sich die Mieterinnen und Mieter der Alterswohnungen nicht gleichzeitig mit den Heimbewohnern gegen Covid-19 impfen lassen konnten. «Dies, obwohl die kantonale Impfstrategie es genau so vorgesehen hat, um möglichst schnell die am meisten gefährdete Bevölkerungsgruppe schützen zu können.»

Die Mitte fordere nun vom Stadtrat und von der für den Brunnenhof zuständigen Ressortvorsteherin Rahela Syed Erklärungen, wie es dazu kommen konnte, dass das Seniorenzentrum auch nach fünf Jahren nicht so funktioniert, wie es sollte – und wie der Stadtrat sicherstellen wolle, dass Fehlentscheidungen in der Besetzung der Leitung künftig vermieden werden können. «Ebenso fordert sie, dass der Stadtrat das ursprüngliche Konzept für ein Seniorenzentrum mit einem umfassenden und altersgerechten Dienstleistungsangebot endlich umsetzt.»

## SVP spricht von «Ursachen, die sich fundamentaler präsentieren»

«Wir bedauern die jüngste Entwicklung um das Seniorenzentrum», sagt Einwohnerrat Moritz Weber im Namen der SVP-Fraktion. «Leider ist die aktuelle Personalie die Fortsetzung von Ursachen, die bedeutend länger zurückliegen und sich fundamentaler präsentieren.» Bereits vor drei Jahren habe die SVP Zofingen im Einwohnerrat in Form eines



Die jüngste Personalie am Seniorenzentrum sorgt für geharnischte politische Reaktionen.

Bild: Katrin Petkovic

Postulats gefordert, dass grundsätzliche strategische Grundlagen wie auch Aufbau- und ablauforganisatorische Grundsätze erarbeitet werden müssten.

«Insbesondere bei der Beschreibung der Stelle des Leiters wie auch beim Rekrutierungsverfahren selbst müssen diese Führungsinstrumente vorhanden sein und angewendet werden. Trotz mehrfacher Versprechen der zuständigen Stadträtin wurden diese grundlegenden Arbeiten bis heute nicht erledigt und umgesetzt», so Weber weiter. Eine sehr gute Führungspersönlichkeit werde sich in dieser mangelhaften Ausgangslage schwer finden lassen. «Es zeigt sich, dass die berechtigten Erwartungen und Bedürfnisse der Bewohner und derer Angehörigen, des Personals und Kaders wie auch der Einwohner und damit Steuerzahler zu wenig ernst genommen werden. Man schafft Verunsicherung, wo Sicherheit vorherrschen soll, man verschwendet Ressourcen, wo Konzentration auf die tägliche Arbeit gelegt

werden sollte. Dass sich die zuständige Stadträtin zur Wiederwahl stellt, ohne die Fähigkeiten für die anspruchsvollen Aufgaben bewiesen zu haben, ist fragwürdig und dient weder dem Wohl der Menschen, die Pflege benötigen, noch der Wertschätzung an die Mitarbeitenden, die die Pflege selbst erbringen.»

## Für die FDP ist die Lage «höchst beunruhigend»

Auch die FDP bedauere sehr, dass für die Mitarbeitenden und Bewohner des Seniorenzentrums in einer bereits schwierigen Situation zusätzliche Unsicherheit entstehe, sagt Tobias Hottiger, Fraktionschef der FDP im Einwohnerrat. «Der Anstellungsprozess und die Rollen der involvierten Personen sind kritisch zu analysieren.»

Der aktuelle Fall wäre bei isolierter Betrachtung durchaus zu entschuldigen. «Im Kontext mit der Tatsache, dass an der Spitze des Seniorenzentrums seit Jahren keine Kontinuität herrscht, beurteilt die FDP die Lage allerdings als

höchst beunruhigend», so Hottiger weiter. Die FDP erwarte von der zuständigen Stadträtin Rahela Syed, dass sie ihre politische Führungsverantwortung künftig konsequenter wahrnehme. «Dazu gehört, ihre Strategie für die im Einwohnerrat mehrfach angesprochene Problemlage rund um das Seniorenzentrum gegenüber FGPK, Einwohnerrat und Öffentlichkeit möglichst zeitnah zu erläutern.» Zudem wünsche sich die FDP, dass sich die Betriebskommission noch aktiver einbringe. «Die Position des Geschäftsleiters des Seniorenzentrums ist so zu besetzen, dass langfristig Stabilität und Ruhe einkehren können. Priorität sollte nicht eine möglichst rasche, sondern eine möglichst nachhaltige Lösung haben.»

Das Scheitern der Stellenbesetzung sei äusserst bedauerlich und sehr schade für die Angestellten, die Bewohner und die Stadt Zofingen, sagt Adrian Borer, Fraktionschef der glp im Einwohnerrat. Dem Personal wünsche die glp gutes Durchhalten, «diese Leute ma-

chen einen sehr guten Job». Die glp stelle fest, dass die Rekrutierungsprozesse in der Stadt trotz einiger Erfolge in den letzten Jahren offenbar immer noch nicht zuverlässig funktionierten. «Aber: Wenn die Stadt schon beim Rekrutierungsprozess überfordert ist, wie soll dann jemals das Seniorenzentrum als Ganzes in ruhiges Fahrwasser gebracht werden?» Aufgrund eines Postulats der glp/Dynamischen Mitte von 2017 habe der Stadtrat die Aktiengesellschaft als alternative Rechtsform geprüft, die Idee aber verworfen. «Damit wird die Chance vertan, das Seniorenzentrum mit betriebswirtschaftlich lenkender Hand zu führen. Das Seniorenzentrum verbleibt unter der Leitung der Ressortchefin, die mit einem 30-Prozent-Pensum diese Führungsarbeit leisten soll.» Die glp werde in Kürze die Frage der Rechtsform wieder auf die Agenda setzen.

Nach dem Zusammenkehren der Scherben müsse das Scheitern dieser Rekrutierung nun analysiert werden, sagt Borer weiter. «Das Stellenprofil ist nochmals zu prüfen und gegebenenfalls zu schärfen.» Der Stadtrat müsse die Hilfe eines externen Stellenvermittlers beziehen, um die Stelle zügig und vor allem erfolgreich zu besetzen. Die glp erwarte ein entschlossenes und transparentes Vorgehen.

## Vorfall verstärkt die Zweifel in der Dynamischen Mitte

In der Fraktion der Dynamischen Mitte ist man ernüchtert darüber, dass es nicht gelungen ist, die wichtige Position am Seniorenzentrum zu besetzen, wie Einwohnerrätin Claudia Schürch schreibt. «Wir bedauern, dass die BewohnerInnen und Mitarbeitenden des Seniorenzentrums die Leidtragenden dieser misslichen Situation sein werden.» Der Vorfall verstärke die Zweifel der DYM daran, «dass die mehrfach im Einwohnerrat geforderte professionellere Führung des Ressorts Alter und Gesundheit in absehbarer Zeit Realität werden kann». Die zuständige Stadträtin habe nun ein schlüssiges, konkretes Massnahmenpaket vorzulegen, welches eine erfolgreiche Besetzung dieser Stelle sicherstelle, so Schürch weiter. «Wir erwarten, dass die aktuellen Selektionsprozesse gründlich untersucht und verbessert werden. Ausserdem soll geklärt werden, welche Rolle die Betriebskommission bezüglich der Besetzung dieser Stelle innehat und inwiefern sie in diese Entscheidungen involviert werden soll.»

Auch die Fraktion der Grünen/Alternativen äussert sich zu der jüngsten Entwicklung am Seniorenzentrum. «Wir erhoffen uns von der Stadträtin, der Betriebskommission und der HR-Abteilung der Stadt eine grundlegende Analyse, wieso diese Stelle derart schwierig zu besetzen ist», schreibt Fraktionschef Matthias Hostettler. «Ob es an der Attraktivität des Stellenprofils oder an anderen Faktoren liegt, sollte rasch und umfassend geklärt werden und entsprechende Massnahmen ergriffen werden.»

## Wie es zwischen Syed und Niederer zum Zerwürfnis kam

Das ZT machte am Mittwoch publik, dass der Chefposten des Seniorenzentrums Zofingen wieder vakant ist. Der Stadtrat hat den Vertrag mit dem designierten Geschäftsleiter Rüdiger Niederer gekündigt, bevor dieser seinen Job überhaupt angetreten hat.

Niederer war am 26. November als neuer Geschäftsleiter angekündigt worden. Er nehme seine Arbeit am 1. Juni auf, hiess es. Rund drei Monate später kam es zum Eklat. Letzten Montag teilte die zuständige Stadträtin Rahela Syed Niederer mit, dass der Vertrag wieder aufgelöst werde. Zu den Gründen äusserte sie sich «aus Grün-

den des Persönlichkeitsschutzes» nicht.

Wie verschiedene Quellen übereinstimmend berichten, konnten sich die Parteien nicht auf die Bedingungen eines vorzeitigen Stellenantritts einigen. Niederer habe Bedingungen gestellt, auf die der Stadtrat nicht eingetreten wolle; schliesslich habe man ihm mangelnde Kooperationsbereitschaft vorgeworfen und sich wieder von ihm getrennt.

Niederer bestätigt, dass eine Einigung über einen früheren Stellenantritt nicht zustande gekommen ist, und dass es deshalb Diskussionen mit der Stadträtin gab. Zudem sei er überrascht, dass

mit ihm nicht einmal über die Art und Weise gesprochen wurde, wie die Vertragsauflösung kommuniziert werde.

Niederer: «Ich wollte lediglich sicherstellen, dass ich bei einer frühzeitigen Arbeitsaufnahme nicht weniger Sozialleistungen erhielt, als mein jetziger Arbeitgeber mir bis Ende Mai hätte entrichten müssen. Es ging also nicht darum mehr zu erhalten, als ich zugute habe. Ich wollte bereits im Februar punktuelle Aufgaben in Zofingen übernehmen. Ebenfalls habe ich einen Vorschlag für eine Vereinbarung betreffend Arbeitsaufnahme ab 1. April aufgesetzt und vorgelegt.» (pp)